



Bundesverband  
Digitalpublisher und  
Zeitungsverleger

**MVFP**  
Medienverband  
der freien Presse

## PRESSEMITTEILUNG

### **BDZV und MVFP: Mit dem „Media Freedom Act“ droht die Unterwerfung der Presse in der EU**

#### **Verbände fordern tiefgreifende Änderungen – Gefahr politischer Vereinnahmung**

Berlin, 12. September 2022

Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) und der Medienverband der freien Presse (MVFP) blicken mit großer Besorgnis auf Pläne der Europäischen Union, wonach die Presse einer weitreichenden Aufsicht durch eine europäische Medienbehörde unterworfen werden soll. Ein in der vergangenen Woche bekannt gewordener Entwurf zum geplanten „European Media Freedom Act“ (EMFA) der Europäischen Kommission demonstriert, wie sehr die Pressefreiheit in Europa in ihrem Kern beschnitten werden soll, warnen die Verbände.

Gemeinsam fordern BDZV und MVFP daher die Europäische Kommission auf, den Vorschlag in ihrer anstehenden Sitzung des Kollegiums am Dienstag, 13. September, nicht anzunehmen. „In dieser Form wäre der Entwurf eine ‚Medienunfreiheitsverordnung‘ und ein Affront gegen die Werte der Europäischen Union und der Demokratie“, heißt es dazu von Seiten der Verbände.

Mit dem Plan, den Grundsatz der redaktionellen Freiheit von Verlegerinnen und Verlegern de facto außer Kraft zu setzen, würde die EU die Pressefreiheit zerstören, machen BDZV und MVFP klar. Dies sei nicht zuletzt deshalb nicht hinnehmbar, weil allein die Verlegerinnen und Verleger letztlich die ideelle, ökonomische und rechtliche Verantwortung für die gesamte Publikation trügen, heißt es von den Verbänden. „Die Kommission würde wesentliche Elemente der seit dem Beginn der Demokratie in Europa verankerten Pressefreiheit opfern, wenn sie die Verordnung in dieser Form weitertreibt.“

Darüber hinaus erläutern die Verlegerorganisationen, dass ein Grund für eine weitere Harmonisierung des Medienrechts auf EU-Ebene zugunsten einer stärkeren Kontrolle durch eine Medienbehörde oder mittelbar durch die Kommission „nicht ersichtlich“ sei. Vielmehr öffne das neu eingerichtete „Board“ für Mediendienste „Befürchtungen für eine politische Vereinnahmung der Medien Tür und Tor.“

Vor diesem Hintergrund fordern BDZV und MVFP, den Entwurf grundlegend zu überarbeiten oder ganz aufzugeben.

#### **Kontakt:**

BDZV, Anja Pasquay, [pasquay@bdzv.de](mailto:pasquay@bdzv.de), Telefon 030/726298-214

MVFP, Antje Jungmann, Telefon, [antje.jungmann@mvfp.de](mailto:antje.jungmann@mvfp.de), Telefon 030/726298110

Folgen Sie uns auf Twitter [@BdzvPresse](#), Instagram [bdzv.de](#) und [LinkedIn](#)